

# Krieg gegen Freunde?

**Zum Artikel »Ultimatum für Atomabkommen« vom 15. Mai:**

Der Paukenschlag war erwartet worden und hat doch Entsetzen ausgelöst, nicht etwa im Iran, sondern in der europäischen Politik. Paul Craig Roberts hat in seinem Artikel »America's Word Is Worthless« den Rückzug der USA aus dem Iranabkommen aus der Sicht eines verantwortungsbewussten US Ökonomen und Journalisten entsetzt kommentiert.

Wir werden in diesen Tagen tatsächlich Zeuge einer beispiellosen Entlarvung von politischen Narrativen. Sind wir mit unseren Verbündeten, mit den USA befreundet? Zweifel gab es ja schon einmal, als Merkel anlässlich des NSA-Handy-Abhörskandals sagte: »Unter Freunden geht das gar nicht.« Eben!

Der Handelskrieg gegen Iran ist auch ein Handelskrieg gegen Deutschland, gegen Europa. Die Verbündeten werden gnadenlos er-

presst, indem die deutschen, die europäischen Firmen mit der Drohung der Sanktionierung erpresst werden, sich entgegen der ausdrücklichen deutschen und europäischen Politik dem Handelskrieg anzuschließen.

Ob das, wie Roberts meint, unter Führung Israels geschieht oder nicht, das ist letztendlich egal.

Dies bedeutet, dass wir im Ernstfall eines Krieges ebenfalls erpresst werden würden mitzumachen. Unsere Souveränität gibt es nicht, schon länger nicht mehr, wir sind zu sklavenartigen Vasallen degradiert worden. Und dies mit Hilfe der »Atlantiker«, wie Angela Merkel und Konsorten aus allen Parteien und Medien.

Folglich: Die USA als Vereinigung von Staaten ist keine befreundete Nation, sondern eine imperiale Supermacht, die als einziger Souverän Gefolgschaft diktiert.

Die eigentliche Ursache der Erpressbarkeit liegt in

der Globalisierung nach Interessenlage und unter absoluter Führung der USA. Globale wirtschaftliche Abhängigkeiten stiften keinen Frieden, wenn es eine imperiale Vorherrschaft gibt. Dann nämlich stiftet die Globalisierung Krieg nach Maßgabe des Souveräns.

Diese Einschätzung hat Konsequenzen für die Beurteilung aller politischen Bereiche, insbesondere auch der Abhängigkeit von den IT-Konzernen, die auch Rüstungskonzerne und Zuarbeiter von Geheimdiensten sind. Die Ziele der IT-Technologien müssen regionalisiert, nationalisiert und europäisiert werden.

Es ist allerhöchste Zeit, sämtliche Narrative neu auszurichten mit dem politischen Ziel, Souveränität und Demokratie für unseren Staat Geltung zu verschaffen.

*Dr. Werner Meixner  
Am Winkelzaun  
Chieming*

## Kraftdemonstrationen von Trump

**Zum Artikel »Blutige Proteste an der Gaza-Grenze« vom 15. Mai:**

Laut Medienberichten wurde die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt. Dies ist meines Erachtens als Kraftdemonstration von Präsident Trump anzusehen – und dient bestimmt nicht dem Friedensprozess, den Israel und Palästina so dringend nötig haben.

Die Toten bei der Demonstration haben wieder gezeigt, dass eine Politik mit Gewalt immer zum Chaos führt. Bei solchen Maßnahmen braucht sich Israel nicht wundern, wenn das Ansehen in der Öffentlichkeit in Mitleidenschaft gezogen wird. Für die Palästinenser wäre eine friedliche

Demo nützlicher gewesen – beziehungsweise, dass sie sich damit abfinden, dass es den Staat Israel mit der Hauptstadt Tel Aviv seit 1948 gibt. Eine friedliche Zusammenarbeit für beide Teile ist bestimmt nutzbringender, als mit Hassbotschaften die Bevölkerung aufwiegeln und sich Jahrzehnte sinnlos zu bekriegen. Da leistet das sture Verhalten von Präsident Trump mit der Botschaftsverlegung nach Jerusalem keinen nützlichen Beitrag. Durch die politischen Verwirrungen des Zweiten Weltkriegs ist Jerusalem als politische Hauptstadt nicht geeignet.

Durch die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran bringt Präsident Trump erneut Unfrieden un-

ter die Völkergemeinschaft, löst Unmut aus und schwächt das Vertrauen zu Amerika. Was zu bedenken ist, dass wir unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zukunft verstärkt auf Europa und auf den Osten, soweit sich die östlichen Staaten den demokratischen Regeln anpassen, ausrichten müssen.

Der Geist von Reykjavik 1986 zwischen Reagan und Gorbatschow hat gezeigt, dass man mit Vernunft und Vertrauen in der Politik vieles erreichen kann. Aber jetzt wollen so manche machtbesessene Herrscher dies wieder zerstören.

*Josef Fenninger sen.  
Dorfstraße  
Weibhausen*

ien ausgewiesenen von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen. Obwohl der Deutsche Staat das vierte Jahr in Folge schwarze Zahlen schreibt, liegt die Schuldenquote bei 64,1 Prozent.

Nach einer Studie der Bayerischen Landesbank kommen noch mehrere Hundert Milliarden Euro an Bürgschaften hinzu, und zwar für den Euro und für Europa. Ob Europäischer Rettungsschirm ELA, Anleihenkaufprogramm, supranationale Ausgleichszahlungen von Entwicklungsbanken, Europäische Investitionsbank. Nach dieser Studie der bayerischen Landesbank belaufen sich die vergemeinschafteten Schulden in der EU auf mehr als 3,8 Billionen Euro. Die BRD ist

## Übertrieb

**Zum Artikel »Polizei entlarvt Schulschwänzer an Bayerns Flughäfen« vom 22. Mai:**

Stolz verkündet die Presse, dass die bayerische Polizei an bayerischen Flughäfen Familien »entlarvt« hat, die mit ihren Kindern vor Ferienbeginn in den Urlaub reisen wollten und damit gegen die Schulpflicht verstießen.

Die angeblich so überforderte und unterbesetzte Polizei muss also ihre knappe Zeit damit verbringen, Eltern und Kinder zu kriminalisieren, die sich in unserem freien Land frei dazu ent-

## Hier haben

Schicken auch Sie uns Ihre Meinung! Gerne veröffentlicht die Redaktion Leserbriefe, die sich auf Artikel im Traunsteiner Tagblatt beziehen.

Leserbriefe dürfen allerdings keine beleidigenden, rassistischen oder ehrenrührigen Inhalte haben und

Länder Euro M eingek

Der Schulde Deuts die Au Mark gen zu Alle sich ar jeweil von 6 verpflü Spani jeweil lien b Griech zent.

Nun Chefir Schled des I Jahr 0 in die

scheid nige T gehen sich v die Sc Bildur diese heit n

Und Land chen die Sc zu m Deuts gen L den S mache an sic darin

solte Zeich nicht Berde ständ Schre fonnu entha zung dakti